

gelegten, aus 71 historischen Vergleichsfällen entwickelten Skalierung von -11 bis +15 schneidet die Aufstandsbekämpfung in Afghanistan dabei nach Ansicht des Panels aus 14 für die Studie befragten Experten unverändert mit +2 ab.

Dieses Ergebnis sei deshalb besorgniserregend, weil der historische Vergleich zwar nahelege, dass im Grunde eine ausreichende Anzahl an Erfolgsfaktoren gegeben sei, zugleich aber solche Faktoren, die historisch gesehen mit Scheitern – und somit dem Erfolg der Aufständischen – korrelieren, in Afghanistan derzeit ebenfalls in problematisch hoher Zahl vorhanden seien. Die Studie legt somit nahe, dass der historische Vergleich zurzeit eher ein Scheitern der militärischen Aufstandsbekämpfung durch die afghanische Regierung erwarten lässt – insbesondere weil nach Ansicht der Experten den derzeit noch existierenden Erfolgsfaktoren in Afghanistan mit dem Abzug der internationalen Kräfte die Grundlage entzogen würde.

Die Studie identifiziert zwei zentrale Missstände, die aus Expertensicht für eine am Ende doch noch erfolgreiche Operation adressiert werden müssten: (1) das bisherige Versäumnis, den Aufständischen nachhaltig die Unterstützung zu entziehen; (2) das bisherige Versagen der afghanischen Sicherheitskräfte insbesondere mit Blick auf einen Mangel an Engagement und Motivation. Beide Mängel seien auch 2011 und 2013 bereits beklagt worden. Möglicherweise könnten Verbesserungen an anderen Stellen – die Studie nennt hier beispielsweise die in den letzten Jahren gestiegene Legitimität der afghanischen Sicherheitskräfte – doch noch positive Nebeneffekte zeitigen.

Ausgehend von diesem Ergebnis kommen die Autoren der Studie jedoch zu dem Schluss, dass derzeit eine Verhandlungslösung die besten Aussichten auf nachhaltigen Erfolg habe. Die zukünftigen US-Bemühungen sollten demzufolge darauf gerichtet sein, auf eine solche Lösung zu für die USA günstigen Konditionen hinzuarbeiten, dabei die afghanische Regierung in eine militärisch gestärkte Lage und somit bessere Verhandlungsposition versetzend.

Zur Verhandlungslösung sollten aus Sicht der Autoren auch Bemühungen zur Versöhnung ebenso wie Reformen zählen, die den Taliban Partizipation am politischen Prozess garantieren – nicht zuletzt, um Fehler wie im Irak nicht zu wiederholen und ein Zusammenrücken von innerafghanisch orientierten Taliban mit transnational operierenden Kräften wie dem IS zu verhindern.

http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1200/RR1273/RAND_RR1273.pdf

Westliche Sicherheit

Stefan Forss, Lauri Kiianlinna, Pertti Inkinen & Heikki

Hult: The Development of Russian Military Policy and Finland. Tampere: National Defence University, Department of Strategic and Defence Studies, Research Reports No 49, 2013

Besprochen von **Leo Bamberger:** non-resident fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

DOI 10.1515/sirius-2017-0022

Die vorliegende Studie ist zwar fast vier Jahre alt, sie wurde seinerzeit in Berlin und in anderen westlichen Hauptstädten aber kaum gelesen bzw. rezipiert. Ihre Ergebnisse sind weitgehend noch heute aktuell und lassen Schwächen und Versäumnisse westlicher Politik erkennen. Die Verfasser – ein Dozent an der Nationalen Verteidigungsuniversität sowie pensionierte Generäle der drei Teilstreitkräfte – bewerten die Modernisierung und den Neuaufbau der russischen Militärpräsenz in Nordosteuropa. Die kooperative Ordnung, die nach 1990 eingesetzt hat, sehen die Verfasser bereits lange als gescheitert an. Russland sehe sich als Großmacht und untermauere diesen Anspruch zunehmend mit dem Aufbau von militärischen Kapazitäten, die für Nachbarstaaten bedrohlich sind. Die Verfasser kritisieren, dass sowohl in Paris wie in Berlin die strategischen Implikationen dieses Aufbaus nicht verstanden worden sind. Vielmehr betrachteten die beiden Regierungen Russland immer noch als strategischen Partner.

Hauptziel der russischen Militärreform ist nach Einschätzung der Verfasser die Modernisierung auf kleinere, aber effektivere Verbände, die besser verlegbar und vielfältig eingesetzt werden können. Anstelle von schweren Panzerdivisionen liegt das Augenmerk auf mobilen Brigaden mit hoher Feuerkraft. Die alten Militärbezirke sind aufgegeben worden, an ihre Stelle sind vier operativ-strategische Kommandostrukturen teilstreitkraftübergreifender Natur getreten, die auch wieder Militärbezirke genannt werden. Der westliche Militärbezirk entstand aus der Zusammenlegung des alten Leningrader und des Moskauer Militärbezirks. Die Tatsache, dass das Hauptquartier dieses Militärbezirks in Petersburg sitzt, sehen die Verfasser als Indiz dafür an, dass das Zentrum der Gravität der russischen Streitkräfte auf den nordosteuropäischen Ostseeraum und Skandinavien zielt.

Die Verfasser weisen auf das große Beschaffungs- und Munitionierungsprogramm der russischen Streitkräfte hin. Bis 2010 sollen umgerechnet 500 Milliarden Euro für die Beschaffung neuer Waffensysteme aufgewendet werden. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion sei Russland wieder in die massive Serienproduktion von Waffen-

systemen und Munition eingestiegen. Die Wehrpflicht, so die Verfasser, ist nicht aufgehoben worden. Das bedeutet, dass das Land neben seinen etwa 700.000 aktiven Soldaten auf eine Reserve von mehreren Millionen Mann zurückgreifen könnte. Die Modernisierungen der Streitkräfte und deren operativ-strategische Ausrichtung im Ostseeraum lasse den Wunsch erkennen, vornehmlich in der Nachbarschaft militärisch eingreifen zu können. Aber die Beibehaltung einer großen Reserve kann nur dadurch erklärt werden, dass sich Russland auch für einen langanhaltenden größeren Krieg wappnen will – auch in Ostasien.

Im westlichen Militärdistrikt hält Russland hauptsächlich kleine, hochmobile, gut ausgebildete und modern ausgerüstete Verbände vor, die zudem in Friedenszeiten eine hohe Präsenz aufweisen. Sie sind geeignet, binnen kurzer Vorwarnzeit eingesetzt zu werden. Diese Zielsetzung reflektiert das neue russische Militärdenken, welches die Betonung auf die strategische Initiative legt, und dort insbesondere auf entscheidende erste Schläge, die bereits in der Frühphase eines Konflikts eine Entscheidung herbeiführen sollen. Dazu gehören vor allem präemptive und präventive Schläge. Außerdem wird dafür Sorge getragen, dass nach Beginn eines Konfliktes Verstärkung herangeführt werden kann. Diese Truppen können auch für Besatzungsaufgaben Verwendung finden.

Die Verfasser bilanzieren die wesentlichen Aufwüchse bei den Landstreitkräften, den Luftstreitkräften und der Luftabwehr. Sie listen die einzelnen Brigaden auf, die um Finnland und die Baltischen Staaten in den letzten Jahren aufgestellt worden sind und die dort für erhebliche Verunsicherung gesorgt haben. Besonderes Gewicht scheint die russische Militärführung dabei auf die Bekämpfung gegnerischer Kräfte durch Luftangriffe bzw. Angriffe durch ballistische Raketen und Marschflugkörper zu legen. Im Mittelpunkt der russischen Bemühungen stehe das Raketen-System Iskander, welches äußerst präzise Angriffe mit konventionellen und nuklearen Sprengköpfen durchführen könne. Eine in Luga bei St. Petersburg aufgestellte Iskander Brigade sei zusammen mit den etwa 200 weitgehend modernisierten Kampfflugzeugen eine fundamentale Bedrohung für die territoriale Existenz der baltischen Staaten, Finnlands und Schwedens. Sie erlauben die rasche und effektive Unterdrückung jeglichen lokalen Widerstands gegen eine Invasion. Die Stationierung einer Luftlandebrigade und einer Spezialeinheit (Spetsnaz) in dem Gebiet von Pskow nahe der estnischen Grenze sei ein weiteres Indiz dafür, dass die Vorbereitungen auf die Invasion der Nachbarstaaten zielen. Die russischen Streitkräfte hätten Aussicht auf raschen Erfolg, weil die Territorialverteidigung in allen NATO Staaten vernachlässigt worden sei.

Große Bedeutung messen die Verfasser auch der Stationierung von S-400 Luftabwehrsystemen im Kaliningrad Gebiet zu. Dieses hochmoderne und effektive System der Luftraumverteidigung würde es in einer Krisen-Situation der NATO erschweren, wenn nicht sogar verunmöglichen, Flugoperationen im Ostseeraum durchzuführen. In der Einschätzung der Verfasser hat die NATO den militärischen Aufbau Russlands im Ostseeraum sträflich vernachlässigt. Dadurch würde es Russland jederzeit möglich sein, eine militärische Operation zur Okkupation der baltischen Staaten und Finnlands mit großer Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die Verantwortung für diese Vernachlässigung sehen sie vor allem bei der deutschen und der französischen Regierung, die daran festhielten, dass Russland ein Partner und kein Gegner sei. Auch die US-Regierung habe in dieser Hinsicht bisher wenig geleistet, sie sei mehr auf Ostasien fixiert.

Zwar hat sich die Politik der NATO seit der russischen Annexion der Krim und der hybriden Invasion der Ost-Ukraine gewandelt und heute werden Militärmanöver der NATO unter Mitwirkung deutscher und amerikanischer Einheiten in den baltischen Staaten durchgeführt. Aber die grundlegende Problematik bleibt bestehen. Im Jahr 1990 war als Grundelement der europäischen Friedensordnung vorgesehen, dass kein Land die Fähigkeit erwerben soll, andere militärisch zu besetzen. Was den Ostseeraum betrifft, ist dieser Pfeiler nicht mehr existent.

http://www.doria.fi/bitstream/handle/10024/88963/TheDevelopmentOfRussian_netti.pdf

Liudas Zdanavičius and Matthew Czekaj (eds.): Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security. Washington, D.C. und Riga: the Jamestown Foundation und die National Defence Academy of Latvia, Dezember 2015

Besprochen von **Leo Bamberger:** non-resident fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

DOI 10.1515/sirius-2017-0023

Die vorliegende Studie analysiert die russisch-belarussische Militärübung Zapad von Ende September 2013, die seinerzeit bei Experten und Politikern in Nordeuropa große Aufmerksamkeit erzielte. Diese Übung war nach Auffassung der Herausgeber keine normale Übung, sondern eine Demonstration militärischer Stärke gegenüber den baltischen und skandinavischen Staaten und auch gegenüber der NATO. Sie hat – noch vor den Ereignissen in der Ukraine – wesentlich dazu beigetragen, dass die russische Rüstungs- und Militärpolitik neu bewertet werden muss.